

Aus aktuellem Anlass = A propos des initiatives

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **75 (1984)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus aktuellem Anlass

Mit der Präsentation des VSE-Forums ist der eigentliche Startschuss der Aktivitäten der Elektrizitätswirtschaft gegen die Atom- und die Energieinitiative erfolgt, über die voraussichtlich

Offene Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie

Am 25. April stellte der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) sein Forum «Eine offene Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie» auf dem Paradeplatz in Zürich der Öffentlichkeit vor. Im Beisein von Presse und zahlreichen geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft betonten verschiedene Referenten die Wichtigkeit der Kernenergie für unsere Energieversorgung.

Als erster Redner ging der Präsident des VSE, Dr. Jörg Bucher (CKW), auf Sinn und Zweck des VSE-Forums ein.

Es handelt sich dabei um eine aussergewöhnliche Wanderausstellung, bei der auf der Hälfte der Schautafeln die Elektrizitätswirtschaft ihre Haltung in der Kernenergiefrage formuliert. Die übrigen Tafeln sind leer und stehen den Besuchern zur freien Meinungsäusserung offen. Das Forum besteht insgesamt aus 24 Tafeln und wird von einem Kernfachmann und je einem Vertreter des lokalen Elektrizitätswerkes und des VSE betreut. Diese Fachleute stellen sich dem Dialog und be-

im Herbst dieses Jahres abgestimmt wird. Auf dieser Seite werden unter dem Signet «Aus aktuellem Anlass» in den kommenden Monaten laufend Argumente und Informationen über die beiden energiepolitischen Vorlagen vorgestellt.

antworten die Fragen der Besucher.

Das Forum soll in der ganzen Schweiz gezeigt werden. In vielen Orten veranstaltet die lokale Industrie parallel dazu sogenannte Energieapéros. Bei diesen Abendveranstaltungen macht die Wirtschaft auf die Bedeutung einer gesicherten und günstigen Energieversorgung aufmerksam.

Prägnante Worte fand Stadtrat Dr. Jürg Kaufmann, um die Energiepolitik aus der Sicht eines städtischen Elektrizitätswerkes zu skizzieren. Er verlangte eine verstärkte politische Führung für die Elektrizitätswirtschaft und bezeichnete das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich als ein taugliches Modell, wie die Konsumenten als mündige Stimmbürger die Elektrizitätspolitik mitbestimmen können. Entschieden lehnte er die beiden energiepolitischen Vorlagen ab, die er als Verbots- und Rationierungspolitik bezeichnete.

Den Standpunkt der Industrie skizzierten Armin Baltensweiler, Verwaltungsratspräsident von Swissair und Gebrüder Sulzer AG, und Piero Hummel, Delegierter des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Konzernleitung der BBC. Baltensweiler wie Hummel stellten

fest, dass die Atom- und die Energieinitiative die Möglichkeiten für eine effiziente Energiepolitik beschränken wollen und darum zu verwerfen seien.

Ws

Nein zum Energievogt

Die «Energieinitiative» oder, mit ihrem vollständigen Titel, die «Initiative für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung», bildet das Instrument für eine zentralistische Interventionspolitik.

Die ins Auge gefasste neue Energiepolitik hat zwei wesentliche Inhalte:

1. Der Energieverbrauch soll mit amtlichen Zwangsmassnahmen drastisch reduziert werden.
2. Die Alternativenergien sollen massiv gefördert werden, vor allem dank der Einführung einer neuen Steuer auf den herkömmlichen Energieträgern.

Besteuerung fast aller heute verwendeten Energieträger

Zentraler Punkt der neuen Energiepolitik ist die Einführung einer «Energiesteuer». Diese wird auf Gas, Kohle, Öl und Strom erhoben und dient zur Förderung der Alternativenergien und zur Finanzierung des Beamtenapparates, der der Einhaltung der neuen Vorschriften die nötige Nachachtung verhelfen soll.

Von dieser Energiesteuer ausgenommen wäre ein zu definierender Energiegrundbedarf pro Einwohner. Wer müsste diesen Grundbedarf bestimm-

men? Ein Bürokrat? Ein Energievogt?

Am Beispiel einer Sonnenenergieanlage kann die vorgeschlagene Energiepolitik in Sachen Alternativenergien veranschaulicht werden: Erst würde die Erforschung und Entwicklung der Technologie finanziell unterstützt; hierauf sollte die Anschaffung der Anlage mit finanziellen Beiträgen gefördert werden, und schliesslich liessen sich während Jahren Betriebszuschüsse geltend machen. Diese Kumulation müsste zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten führen. Zudem würde der effektive wirtschaftliche Wert des Produktes verfälscht, was das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte verunmöglichen würde.

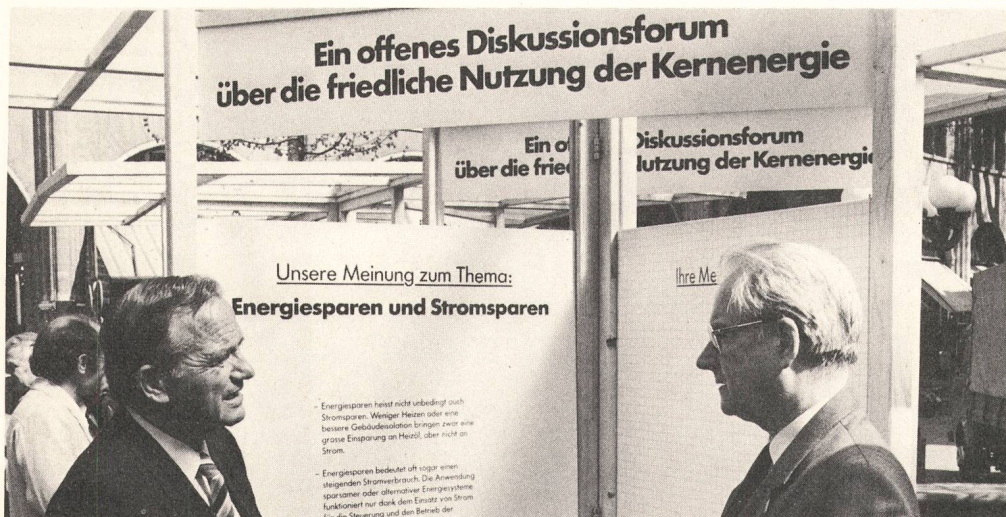
Übermässiger Verwaltungsaufwand erforderlich

Diese weitläufige Subventionspolitik könnte selbstverständlich nur mit einem fragwürdigen und übermässigen Verwaltungsapparat realisiert werden. Bereits im Zusammenhang mit dem vom Volk abgelehnten Energieartikel war von 800 bis 1500 neuen Staatsstellen die Rede. Die Energieinitiative ist wesentlich interventionsfreudiger, was einen noch stärkeren Anstieg des Staatsapparates zur Folge hätte.

Massive Einschränkungen beim Energieverbrauch jedes Einzelnen

Besondere Aufmerksamkeit haben die Initianten dem Energieträger Strom geschenkt. Er soll nicht nur besteuert werden, er unterliegt auch Tarif- und Abgabevorschriften. Elektrizität darf nur noch mit Einschränkungen «für die Wärmeerzeugung und für Klimaanlage» abgegeben werden. Man wird sich fragen müssen, ob eine solche Bestimmung als Verbot zu verstehen ist, und vor allem, ob unter Wärmeerzeugung auch Boiler, Kochherde und Elektroöfen fallen. Wenn dem so ist, so stünden gewaltige Umwälzungen für jeden einzelnen Schweizer und speziell auch für die Wirtschaft bevor.

Eine solche Einmischung ins Privatleben und vor allem in die Wirtschaftspolitik ist abzulehnen. Die Vorlage bringt mehr Staat, mehr Steuern und mehr Bevormundung. Daher: Nein zum Energievogt! Ws



Die Herren Baltensweiler (links) und Hummel im Gespräch

A propos des initiatives

La présentation du forum UCS a donné le coup d'envoi proprement dit des activités de l'économie électrique contre les initiatives antinucléaire et sur l'énergie, sur lesquelles

on votera cet automne vraisemblablement. Sous la rubrique «A propos des initiatives», des arguments et des informations concernant les deux initiatives de politique énergétique seront présentés au cours des mois qui viennent.

Discussion ouverte sur l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire

Le 25 avril, l'Union des Centrales Suisses d'Electricité (UCS) a présenté au public, sur le Paradeplatz à Zurich, son forum intitulé «Une discussion ouverte sur l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire». En présence de la presse et de nombreux invités des milieux politique et économique, différents orateurs ont souligné l'importance de l'énergie nucléaire pour notre approvisionnement énergétique.

En tant que premier orateur, le président de l'UCS, Monsieur Jörg Bucher (CKW), a parlé de la signification et de l'objectif de ce forum UCS.

Il s'agit d'une exposition itinérante particulière, dans le cadre de laquelle l'économie électrique expose son attitude vis-à-vis de la question nucléaire, et ce sur la moitié des panneaux d'exposition, l'autre moitié étant vide et à la disposition des visiteurs pour qu'ils puissent exprimer librement leur opinion. Le forum comprend en tout 24 panneaux. Il est animé par un spécialiste du nucléaire ainsi que par un représentant de l'entreprise d'électricité locale et un représentant de l'UCS. Ces spécialistes sont là pour dialoguer et répondre aux

questions des visiteurs.

Le forum doit être présenté dans toute la Suisse. Dans de nombreux endroits, l'industrie locale organise en plus, parallèlement, des «apéros énergétiques». Au cours de ces réunions du soir, les représentants de l'économie attirent l'attention sur l'importance d'un approvisionnement en énergie sûr et avantageux.

Monsieur Jürg Kaufmann, conseiller municipal, a trouvé des mots frappants pour évoquer la politique énergétique du point de vue d'une entreprise d'électricité municipale. Il a demandé un renforcement des orientations politiques pour l'économie électrique et qualifié l'entreprise électrique de la ville de Zurich (EWZ) de bon modèle en ce qui concerne la façon dont les consommateurs, en tant qu'électeurs, peuvent prendre part à la détermination de la politique dans le domaine de l'énergie électrique. Il a rejeté de manière déterminée les deux initiatives énergétiques qu'il a qualifiées de politique d'interdiction et de rationnement.

Monsieur Armin Baltensweiler, président du conseil d'administration de Swissair et de Sulzer Frères SA, et Monsieur Piero Hummel, délégué du conseil d'administration et président du groupe BBC, ont brossé le point de vue de l'industrie. Tous deux ont constaté que les initiatives

antinucléaire et sur l'énergie voulaient limiter les possibilités de mener une politique énergétique efficace et que pour cette raison elles devaient être rejetées. *WS*

Non au «censeur» de l'énergie

L'initiative sur l'énergie, dont le titre complet est «initiative pour un approvisionnement en énergie sûr, économique et respectueux de l'environnement» constitue l'instrument d'une politique d'intervention centraliste.

Cette nouvelle politique énergétique envisagée contient deux points importants:

1. La consommation d'énergie doit être réduite de manière draconienne par des mesures coercitives officielles
2. Les énergies alternatives doivent être encouragées massivement, principalement grâce à l'introduction d'un nouvel impôt sur les agents énergétiques traditionnels.

Imposition de presque tous les agents énergétiques aujourd'hui utilisés

Le point central de la nouvelle politique énergétique est l'introduction d'un impôt sur l'énergie. Celui-ci serait prélevé sur le gaz, le charbon, l'huile et l'électricité et servirait au développement des énergies alternatives ainsi qu'au financement de l'appareil administratif qui doit permettre de contrôler que les nouvelles prescriptions sont respectées.

Outre cet impôt sur l'énergie, il serait établi un besoin énergétique fondamental par habitant, celui-ci restant à définir. Qui de-

vrait déterminer ce besoin fondamental? Un bureaucrate? Un censeur de l'énergie?

La politique énergétique proposée en matière d'énergie alternative peut être mise en lumière en prenant l'exemple d'une installation d'énergie solaire. Tout d'abord la recherche et le développement de la technologie seraient soutenus financièrement. Après cela, l'achat de l'équipement devrait être aidé par des contributions financières et, pour finir, des subventions devraient être versées pendant des années. Ce cumul d'aides devrait par la force des choses conduire à des injustices. De plus, la valeur économique effective du produit serait faussée, ce qui rendrait impossible le jeu de l'économie de libre concurrence.

Nécessité d'un appareil administratif excessif

Cette vaste politique de subventions ne pourrait naturellement être réalisée que par un appareil administratif volumineux et contestable. Déjà pour l'article sur l'énergie refusé par le peuple il était question de 800 à 1500 nouveaux fonctionnaires. L'initiative sur l'énergie est encore bien davantage interventionniste, ce qui entraînerait une augmentation encore plus importante de l'appareil de l'Etat fédéral.

Restrictions massives au niveau de la consommation d'énergie de chacun

Les auteurs des initiatives ont accordé une attention toute particulière à l'agent énergétique électricité. Il doit non seulement être imposé mais aussi être soumis à des prescriptions tarifaires et en ce qui concerne l'approvisionnement. L'électricité ne serait plus fournie que de manière restrictive pour la production de chaleur et la climatisation. On devra se demander si une telle disposition doit être considérée comme une interdiction, et surtout si la notion de production de chaleur comprend aussi les chauffe-eau, cuisinières et radiateurs électriques. Si cela était, alors il faudrait s'attendre à de grands bouleversements pour tous les Suisses et spécialement aussi pour l'économie.

Une telle ingérence dans la vie privée et surtout dans la politique économique doit être refusée. Le projet engendre plus d'Etat, plus d'impôts et plus de tutelle. C'est pourquoi nous disons non au censeur de l'énergie! *WS*



M. Jürg Kaufmann discutant avec des visiteurs